

Der Brunnerbrief

No. 05/2017 – 24.03.2017



Foto der Woche Unsere kleine Balkandelegation bestehend aus Marianne Schieder, Helmut Brandt, Dr. Hans-Peter Uhl und einem Mitarbeiter des Ausschusses (v.l.r.).

PKW-Maut

Heute haben wir uns nach zähen Diskussionen dazu durchgerungen der dobrindtschen Schöpfung namens PKW-Maut zuzustimmen.

Wir hatten uns als Fraktion zur Zustimmung entschlossen, da unsere Bedingungen, die wir 2013 gestellt hatten, erfüllt wurden. Wir wollten keine finanzielle Mehrbelastung für inländische Autofahrer und bestanden darauf, dass sie mit dem Europarecht vereinbar ist.

Bundesverkehrsminister Dobrindt hat es mit der Unterstützung von Frau Merkel geschafft mit der EU-Kommission einen Kompromiss auszuhandeln, sodass die Entlastung deutscher Autofahrer durch die Senkung der Kfz-Steuer mit dem europäischen Recht vereinbar ist.

Doch die Hoffnung ist groß, dass wir mit einer Mehrheit im kommenden Herbst diesen teuren Unsinn wieder rückgängig machen können. Denn auch das Bundesfinanzministerium errechnete, dass sich dieses Konstrukt am Ende nicht trägt. Man kann also sagen, dass der einzige Plan der CSU für unser Land in den letzten vier Jahren eigentlich eine Nullnummer ist.

Wir brauchen ein Rüstungsexportgesetz!

In dieser Legislatur wurde viel über die „neue Verantwortung Deutschlands in der Welt“ diskutiert.



www.facebook.com/Brunner.SPD

Dieser werden wir nur gerecht, wenn wir unsere Rüstungsexportkontrolle weiter verschärfen, so wie es Rot-Grün und seit 2013 Sigmar Gabriel bereits begonnen haben.

Vor allem aber brauchen wir noch mehr Transparenz und eine offene Debatte darüber, wohin wir keinesfalls Rüstungsgüter exportieren wollen, ohne technologische Kompetenzen zu verlieren.

Als rüstungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion setzte ich mich deswegen für ein entsprechendes Rüstungsexportgesetz ein, dass für klare rechtliche und parlamentarische Leitplanken sorgt. Mit diesen wäre dann auch eine so verantwortungslose Exportpolitik wie die der letzten schwarz-gelben Regierung nicht mehr möglich!

Meine Balkantour

Vergangene Woche war ich mit einer kleinen Delegation des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in Zagreb (Kroatien), Skopje (Mazedonien) und Belgrad (Serbien), um mich über die politische Situation sowie Regierungsbildung und nicht zuletzt über die Menschenrechtslage der Flüchtlinge an den Grenzen zu informieren.

Es war schön zu erfahren, dass das EU-Mitglied Kroatien sich als verlässlicher europäischer Partner zeigt, der trotz knapper Wahlergebnisse eine stabile Regierung bilden konnte. Gerade die Gespräche mit den Verfassungsgerichtshof zeigten, dass deutsches und europäisches Recht fest in Kroatien implementiert sind.

Während Kroatien bereits EU-Mitglied ist bereiten sich Mazedonien und Serbien intensiv darauf vor es zu werden. Besonders das kleine Mazedonien ist vor eine besondere Herausforderung gestellt, da das Wahlergebnis eher ein Patt, denn eine klare Entscheidung war und der amtierende Präsident sich einem Machtwechsel verschließt.

Deprimierend war der Besuch der griechisch-mazedonischen Grenze, der Besuch des dortigen Flüchtlingscamps und der Grenzanlagen. Seit diesem Zeitpunkt beschäftigen mich zwei Fragen.

Erstens: Wo beginnt und wo endet die EU? Auf welcher Seite des Zaunes? Und Zweitens: Können wir die Millionen der EU für Lager und Zäune nicht sinnvoller in den Heimatländern der Flüchtlinge einsetzen?

Dass ohne Zäune eine Flüchtlingspolitik zu bewältigen ist, zeigt Serbien. Deren Camps sind aber auf keinen Fall mit unseren Standards zu vergleichen.

In allen drei Ländern wurde uns die große Sorge vermittelt, dass ohne einer reale EU-Perspektive für den gesamten Balkan, also auch Bosnien und Herzegowina, langfristig keine Beruhigung, kein Wohlstand und es damit keine beständige Sicherheit für Gesamteuropa geben wird.

Über diese Tatsache dürfen auch keine regelmäßigen Linienflüge von Tuzla, Belgrad und Skopje nach Memmingen hinwegtäuschen.

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



www.facebook.com/Brunner.SPD